

LANDTAG IN KÜRZE

Der Gesundheitsminister spricht ein Wort mit

VADUZ – Wenn in Zukunft die Sanitätskommission tagt, sollen Gesundheitsminister und Landesphysikus mit am runden Tisch sitzen. Informationsaustausch und Zusammenarbeit zwischen Kommission und Regierung soll im Sanitätsgesetz festgeschrieben werden. Über eine entsprechende Ergänzung von Artikel 3, Absatz 1 hat das Parlament am Freitag in erster Lesung beraten. Mit der Reform des Krankenversicherungsgesetzes 2004 erhielt die Sanitätskommission die Aufgabe, die Regierung verstärkt im Gesundheitswesen zu beraten. Dazu sei ein direkter Kontakt zwischen Gesundheitsminister und Kommission nötig. Zugleich soll das Regierungsmitglied als Vorsitzender Themen konkret vorgeben können. (kopf)

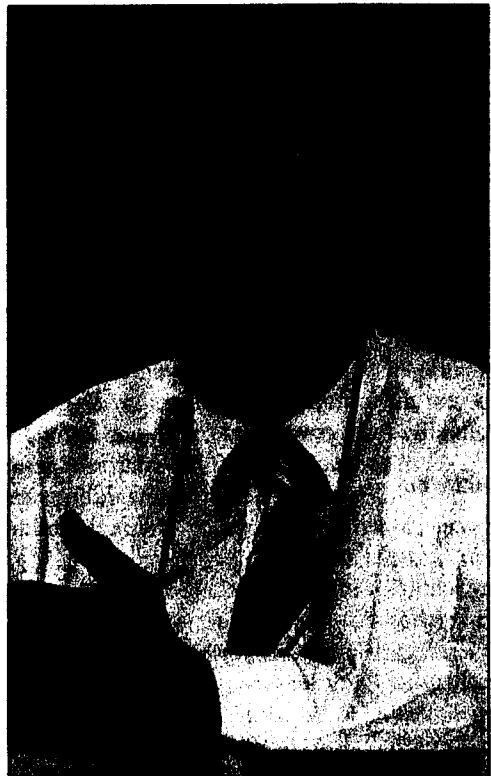
Brünes Licht für Schengen

VADUZ – Nachdem die Schweiz «Ja» gesagt hat zum Schengen/Dublin-Abkommen, plant Liechtenstein, im Herbst Verhandlungen mit der EU zu beginnen.

Schengen/Dublin umfasst den Abbau der Grenzkontrollen in Europa, eine europaweite Zusammenarbeit der Justiz- und Polizeiorgane und Absprachen im Asylbereich. Zur Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität wurde der Datenverbund SIS (Schengen-Information-System) geschaffen. Mit Ausnahme Grossbritanniens und Irlands arbeiten alle EU-Mitgliedsstaaten sowie die EWR/EFTA-Staaten Norwegen und Island zusammen, die zehn neuen EU-Mitgliedsstaaten bereiten sich darauf vor, ebenfalls Mitglieder zu werden. «Schengen ist eine völkerrechtliche Zusammenarbeit», erklärte Regierungschef Otmar Hasler am Freitagabend im Landtag. Eine Assoziation Liechtensteins wäre «wünschenswert», wenn auch «nicht zwingend».

Die Schweiz wird ab 2008 Schengen-Land sein, was auch Auswirkungen auf Liechtenstein haben werde. Im Herbst 2001 hatte Liechtenstein bereits den Wunsch nach Assoziations-Verhandlungen in Bern und Brüssel vorgetragen. Ende 2003 gab es Vorgespräche zwischen Liechtenstein und der EU-Kommission. Im Herbst dieses Jahres werde der Hauptteil der Verhandlungen stattfinden, so der Regierungschef. Gleichzeitig bedürfe es Gesprächen mit der Schweiz und Österreich, weil Schengen wie Dublin die zwischenstaatlichen Verhältnisse mit den Nachbarländern betreffen. Liechtenstein hatte während der Verhandlungen der Schweiz mit der EU über den Beitritt zu Schengen/Dublin eine Warteposition eingenommen.

Der Regierungschef geht nun davon aus, dass Liechtenstein mit der EU ein ähnliches Assoziationsabkommen abschliessen kann wie die Schweiz. Diese konnte das Bankkundengeheimnis bei den direkten Steuern schützen und eine dauerhafte Sonderregelung aushandeln. Eine parallele Assoziation Liechtensteins ist nötig für Absicherung und Mitspracherecht. (kopf)



Informierte Landtag kompetent über Schengen/Dublin: Regierungschef Otmar Hasler.

Ein grosses Herz für Tiere

Landtag begrüsst Einführung einer Tierschutzvorlage der Regierung klar

VADUZ – Dem grossen Lob aus Tierschutzkreisen für die Regierungsvorlage zur Einführung eines Tierschutzbeauftragten schloss sich gestern auch der Landtag an. Die Vorlage wurde grundsätzlich von Abgeordneten aller drei Parteien befürwortet und in erster Lesung beraten.

• Martin Frommelt

Mit der Regierungsvorlage sollen drei Bereiche des Tierschutzgesetzes abgeändert werden: Um die Interessen des Tierschutzes besser wahrzunehmen, soll die Institution des Tierschutzbeauftragten eingeführt werden, die bestehenden Gesetzeslücken sollen zur Gewährleistung eines besseren Gesetzesvollzuges geschlossen werden und ausserdem werden die Strafnormen des Tierschutzgesetzes hinreichend bestimmt umschrieben, um einen effektiveren Durchgriff zu gewährleisten. Auslöser der Gesetzesrevision war eine vor einem Monat von 2572 Personen unterschriebene Petition zur Einführung eines Tieranwalts. Wie der FBP-Abgeordnete Wendelin Lampert gestern im Landtag ausführte, ist diese Gesetzesänderung nicht übertrieben, vielmehr sei Handlungsbedarf «sicherlich gegeben». Auch seitens der VU und der FL wurde die Vorlage sehr befürwortet.

Zutrittsrecht zu Stallungen

Eine wichtige Lücke, welche mittels dieser Gesetzesänderung geschlossen werden soll, ist das Zutrittsrecht zu Stallungen und Ge-

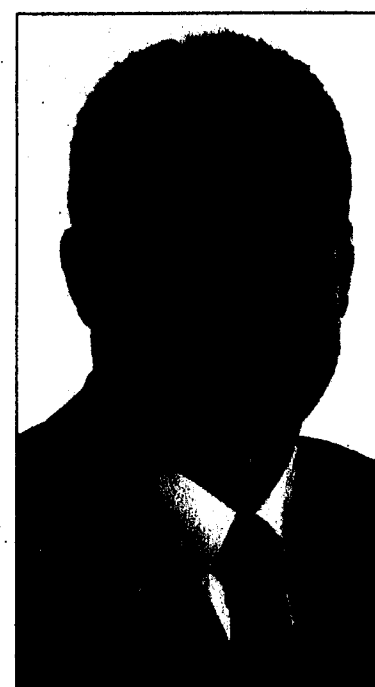


Unterstützte die Regierungsvorlage klar: Wendelin Lampert (FBP).

hen durch die Vollzugsbehörde, das Amt für Lebensmittelkontrollen und Veterinärwesen. Wendelin Lampert begrüsst dies ausserordentlich: «Gerade dieses Zutrittsrecht ist in kritischen Situationen unabdingbar für einen effektiven Vollzug des Gesetzes. Im Weiteren dürfte dieses Zutrittsrecht auch einen präventiven Charakter ausüben, was im Endeffekt umso besser ist – sprich das Problem wird an den Wurzeln angepackt oder entsteht gar nicht.»

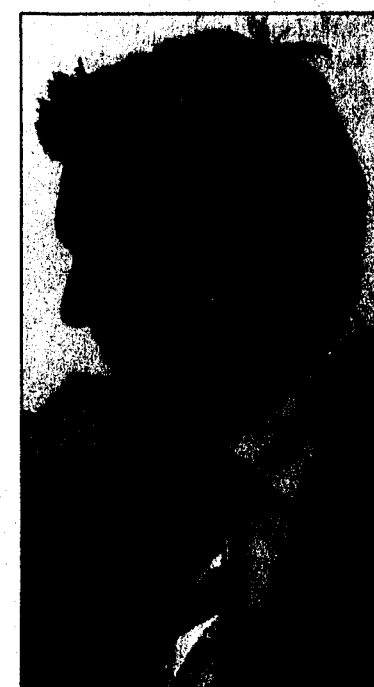
Beauftragter statt Anwalt

Dass die Regierung statt dem geforderten Tieranwalt aus prinzipiellen Überlegungen (Vermeidung ei-



Für mehr Kompetenzen des Tierschutzbeauftragten: Heinz Vogt (VU).

ner systemwidrigen Doppelspurigkeit zum Anklagemonopol der Staatsanwaltschaft) anstelle eines Tierschutzanwalts «nur» einen Tierschutzbeauftragten einsetzen will, macht auch für die Landtagsabgeordneten Sinn. Er könne dieser Begründung folgen, sagte Heinz Vogt (VU). Nicht einig jedoch ging Heinz Vogt, ebenso wie unter anderem auch VU-Fraktionssprecherin Doris Beck, mit den von der Regierung angedachten Kompetenzen des Tierschutzbeauftragten. So wie das geplant sei, sei dies «weder Fisch noch Vogel». Dem Tierschutzbeauftragten solle «eine aktivere Rolle zugedacht werden», regte Vogt an.



Freute sich über die breite Zustimmung: Regierungsrat Martin Meyer.

Regierungsrat Martin Meyer (FBP) freute sich über die grundsätzlich sehr positive Aufnahme seiner Vorlage durch den Landtag und zeigte sich offen für die gemachten Verbesserungsvorschläge.

Begleitrecht ist denkbar

So sagte Meyer, es sei «denkbar», dem Tierschutzbeauftragten bei der Zutrittsermächtigung der Regierung zu Stallungen ein Begleitrecht einzuräumen. «Wichtig ist, dass wir jetzt einmal starten können, erste Erfahrungen sammeln und das Instrument des Tierschutzbeauftragten dann sukzessive weiterentwickeln», hielt Martin Meyer grundsätzlich fest.

Ausländische Polizisten ...

Landtag spricht sich in vier Ausnahmefällen knapp dafür aus

VADUZ – Mit Bauchweh hat der Landtag nach langer Debatte mit knappen 13 Stimmen (die querbeet durch die Fraktionen gingen) seine Zustimmung erteilt, im Fall von vier ausländischen Wirtschaftspolizisten von der gesetzlichen Möglichkeit Gebrauch zu machen, ausnahmsweise auf das Erfordernis der liechtensteinischen Staatsbürgerschaft zu verzichten.

• Martin Frommelt

Mitte 2000 hatte die Regierung unter dem Eindruck der Finanzplatz-Krise beschlossen, bei der Landespolizei eine Einheit zur Bekämpfung von Wirtschaftsdelikten und organisierter Kriminalität (EWOK) mit acht Stellen zu schaffen. Vier dieser Stellen wurden befristet bis Ende 2005 mit ausländischen Wirtschaftsermittlern besetzt. Per Ende April 2005 setzt sich die Wirtschaftspolizei EWOK aus neun Personen zusammen: vier liechtensteinische Finanzfachleute und fünf ausländische Wirtschaftskriminalisten.

Da noch nicht genügend inländische Kräfte herangebildet werden konnten, beantragte die Regierung von der gesetzlichen Möglichkeit Gebrauch zu machen, bei vier ausländischen Polizeifachkräften auf das Erfordernis der liechtensteinischen Staatsbürgerschaft zu verzichten und diese Kriminalbeamten unbefristet weiterzubeschäftigen.

Auf Ausländer angewiesen

Es sei zu befürchten, dass vielleicht keiner diese vier Ausländer



Nat der Notwendigkeit gehorchend zugestimmt: Markus Büchel (FBP).

bei der EWOK verlängern würde, äusserte FBP-Fraktionssprecher Markus Büchel: «Wir können uns nicht erlauben, wieder auf eine Schwarze Liste zu kommen. Wir dürfen die EWOK unter keinen Umständen schwächen und wir werden mittel- bis sogar langfristig auf ausländische Kriminalisten angewiesen sein.» Es falle ihm nicht leicht, auf das Erfordernis der liechtensteinischen Staatsbürgerschaft zu verzichten und dem Antrag zuzustimmen, aber die von der Regierung dargelegten Gründe seien für ihn überzeugend, sagte Büchel.

Auch Freie Liste dafür

Unterstützung fand der Regierungsantrag auch von der Freien Liste. Liechtenstein brauche eine glaubwürdige Abteilung zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität und eine Mischung von auslän-

dischen und inländischen Polizisten sei ein gutes Zeichen nach aussen, bemerkte Paul Vogt. Dafür plädierte auch Heinz Vogt (VU): «Das Bauchgefühl sagt nein, der Verstand ja.» Fachwissen und Unabhängigkeit würden für den Regierungsantrag sprechen, so Vogt.

Wol Ablehnung seitens VU

Entschiedene Ablehnung kam jedoch vor allem seitens der VU sowie auch vom FBP-Abgeordneten Rudolf Lampert. Er könne sich «nicht dazu durchringen, hier ja zu sagen, weil ich der Ansicht bin, dass das Gewaltmonopol in liechtensteinische Hände gehört», sagte Lampert. Ähnlich auch Harry Quaderer (VU): «Ich kann in keinsten Weise nachvollziehen, warum die EWOK Ende 2005 nicht wie vorgesehen in liechtensteinische Hände gelegt werden soll. In die gleiche Richtung äusserten sich auch Jürgen Beck (VU) und Doris Beck (VU).

Verschiebung bringt nichts

Landtagspräsident Klaus Wanger (FBP), der sich ebenfalls ablehnend äusserte, schlug vor, dass die Regierung die Vorlage zurückzieht und bis im September noch einmal über die Bücher geht. Regierungschef Otmar Hasler bemerkte dazu, er wüsste nicht, welche neuen Erkenntnisse eine Verschiebung bringen würde. Schliesslich resultierte eine knappe Zustimmung. Auf den Punkt brachte es wohl Alois Beck (FBP), der zuvor sagte: «Wir werden nachher vielleicht mehr Bauchschmerzen haben, als wenn wir jetzt zustimmen.»

LGV-Bericht: Erdgas drängt Öl zurück

VADUZ – Erdgas hat in Liechtenstein weiter zugelegt. Die liechtensteinische Gasversorgung deckt 28,5 Prozent des Energieverbrauchs ab.

3271 Ergasanschlüsse gibt es seit 2004 in Liechtenstein. Zum ersten Mal beliefert die liechtensteinische Gasversorgung auch zwei Kunden in Schellenberg und verzeichnet insgesamt 6,65 Prozent mehr Neuanschlüsse. «Die LGV hat im Wettbewerb mit Heizöl sehr erfolgreich gearbeitet», erklärte der FBP-Fraktionssprecher Markus Büchel am Freitag im Landtag. Der Reingewinn der LBG betrug 1,95 Millionen Franken, der Cashflow liegt bei 5,07 Millionen Franken. Das Parlament genehmigte den Geschäftsbericht 2004 einhellig.

28,5 Prozent des Energieverbrauchs in Liechtenstein deckt die LBG mit Erdgas ab, 25,8 Prozent wird mit Elektrizität abgedeckt, während der Anteil des Heizöls auf 21,3 Prozent zurückging. Der finanzielle Erfolg sei aber nur eine Seite, so Büchel. Die andere sei die positive Nebenwirkung auf die Umwelt: «Durch den Einsatz von Erdgas anstelle von Heizöl konnten seit 1990 in unserem Land ca. 215 000 Tonnen CO₂ vermieden werden.»

Ein Zeichen setzen

Büchel sprach sich dafür aus, dass sich Erdgas sowohl beim öffentlichen Verkehr als auch für Privatautos durchsetzen möge. Dazu könnte das Land ein Zeichen setzen, wenn es in Zukunft nur noch Fahrzeuge für den Werkhof anschaffe, die mit Erdgas betrieben würden. (kopf)